

Soltwedel, Rüdiger

**Book Part — Digitized Version**

## Wachstumsperspektiven im Ostseeraum: Der Traum von der "Blauen Banane"

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Soltwedel, Rüdiger (1992) : Wachstumsperspektiven im Ostseeraum: Der Traum von der "Blauen Banane", In: Kieler-Woche-Gespräch: Politische und Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Nordeuropa und im Ostseeraum: Kiel, 22. Juni 1992, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, pp. 17-23

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1877>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Wachstumsperspektiven im Ostseeraum – Der Traum von der „Blauen Banane“ –

In Europa haben sich in den vergangenen Jahren dramatische Änderungen vollzogen – der Eisener Vorhang wurde zerrissen, Deutschland hat sich vereinigt, der Integrationsprozeß innerhalb der EG hat sich deutlich beschleunigt, der europäische Wirtschaftsraum ist eine beschlossene Sache, neue Mitglieder klopfen an die Tür der Gemeinschaft, reiche Länder wie Schweden, Finnland und Österreich, vermutlich auch Norwegen, und bald werden zentral- und osteuropäische Länder nachziehen. Die Überwindung des Blockdenkens, die Öffnung der Märkte und mehr individuelle Handlungsfreiheit verheißen Aufbruchstimmung, mehr Chancen für ein schnelleres Wachstum. Hoch auffliegende Euphorie schlug Europa in den Bann, das Wort von der



Rüdiger SOLTWEDEL, Institut für Weltwirtschaft



Ülo NUGIS, Präsident des Obersten Rats der Republik Estland,  
und Ekkehard KLUG, Parlamentarischer Geschäftsführer der  
F.D.P.-Fraktion

„Friedensdividende“ signalisierte Wohlstandszuwachs allein durch den Wandel der politischen Verhältnisse. Doch die Euphorie ist verflogen, die Hoffnung auf schnelles Reicherwerden ist dahin. Die ernüchternde Erkenntnis der gigantischen Größe und Schwierigkeit der Transformationsaufgabe in den post-kommunistischen Ländern, die Angst vor dem Chaos, die verschärften Verteilungskonflikte im ausklingenden Boom in der Bundesrepublik, die drückende Last der unerwartet hohen Kosten der so vollzogenen Vereinigung Deutschlands; die diffuse Furcht vor der „Brüsseler Spitze“, dem Ausufern des europäischen Leviathans, der regionale und nationale Identitäten unterdrückt – all dies summiert sich auf zu einer eher zaghaften Zukunftseinschätzung.

Dieser Umschwung im Zeitgeist ist allerdings gut für mehr Realismus in der Einschätzung der künftigen Herausforderungen. Er klärt auch den Blick für die vermehrten Anpassungszwänge durch einen intensiveren Wettbewerb zwischen Regionen mit ihrem Risiko des Zurückfallens, rückt das Motto „ohne Fleiß keinen Preis“ wieder an den ihm zustehenden Platz, schlägt eine Bahn für das Prinzip der hinausgeschobenen Belohnung als Grundregel des erfolgreichen Wirtschaftens: Die Zukunft verheißt Gutes, dies ist erreichbar, aber nur durch Schweiß, vielleicht sogar Tränen.

Welches sind in dieser verheißungsvollen, doch schwierigen Zeit die Perspektiven für den Norden Europas? Hat die Vision von der „Blauen Banane“, vom Ostseeraum als Wachstumspol Substanz oder bleibt es ein Traum? Welche

neuen Konflikte entstehen aus dem Zusammenwachsen der historischen Hanseregion? Diesen Fragen soll im folgenden gleichsam in einer Blitzreise durch die drei Regionengruppen – EG, nordische EFTA-Länder, baltische Staaten und Polen – nachgegangen werden.

## 1. Europäische Integration

Das Programm „EG-’92“ wird dynamische Wettbewerbskräfte freisetzen und den Wachstumspfad der Wirtschaft steiler machen. Gleichwohl kommt das nicht von selbst, es gibt durchaus widrige Risikofaktoren, die abgewettert werden müssen. Auf eine saloppe Formel gebracht: mehr EG-Bürokratie + mehr Umverteilung = mehr Kosten = Abschwächung der Dynamik. Das Paradebeispiel einer von vornherein fehlkonzipierten Umverteilungspolitik ist die gemeinsame Agrarpolitik, die sehr viel mehr kostet, als sie einbringt. Auf mehr Umverteilung zielen auch die Strukturfonds, die als Preis für die Durchführung von „EG-’92“ von 1987 bis 1993 real verdoppelt wurden und für die im Paket Delors II eine weitere kräftige Steigerung vorgesehen ist. Auch das Aktionsprogramm für das „Soziale Europa“ kann man mit wachsender Sorge sehen, ebenso den neuen Kohäsionsfonds. Das Ganze muß nicht, aber kann die Wachstumskräfte lähmen. Vorsicht ist also geboten. Ein weiteres kommt durch Maastricht noch hinzu: das Mandat für Industriepolitik. Für welchen Preis auch immer: die Bundesregierung hat den Franzosen nachgegeben, hier die Weichen in Richtung ihrer interventionsliebenden Politik zu stellen, bei der der Staat viel Geld des Steuerzahlers auf Sieg und Platz im Wettlauf um die Industrien und Technologien der Zukunft setzt.

Kurzum: die Ernte von „EG-’92“ ist noch lange nicht in die Scheuer eingefahren. Aber sie kann durchaus beträchtlich sein. Doch wer wird am meisten davon profitieren, die Euro-Kern-Banane, das Hocheinkommensgebiet von Europa, das sich von London, Düsseldorf, Paris bis München und Mailand erstreckt, oder die Eurobanane am Mittelmeer, die in den vergangenen Jahren die größte Dynamik aufgewiesen hat, oder der Norden der EG, der – wenn man der Statistik glauben darf – bislang eher das strukturschwache Schlußlicht im regionalen Wettlauf war?

Die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen hängt nicht nur von den vorhandenen Strukturen ab, von dem Ausmaß der sektoralen Anpassungserfordernisse, sondern auch davon, wie die Risiken in den einzelnen Regionen bewältigt und die Chancen genutzt werden. Zwei scheinbar



*Branislovas KUZMICKAS, Vizepräsident des Obersten Rats der Republik Litauen, und die CDU-Abgeordnete Silke HARS*

gegenläufige Hypothesen werden häufig angeführt, um die Richtung des regionalen Impulses zu bestimmen:

- Der gemeinsame Binnenmarkt bringt Wachstumspulse vor allem durch das Ausnutzen von Größenvorteilen in der Produktion und durch das Ausnutzen von komparativen Kostenvorteilen; damit sei die europäische Kernregion in der Vergangenheit schon weit vorgeschritten, solche Integrationseffekte ließen sich hier kaum noch stärker als in anderen europäischen Regionen realisieren. Der Impuls der Binnenmarktintegration werde vor allem den Aufholprozeß der rückständigen Regionen kräftig beschleunigen.
- Im gemeinsamen Binnenmarkt werden die bestehenden Divergenzen in der regionalen Entwicklung eher verstärkt werden. Denn in einem zusammenwachsenden Europa komme es darauf an, die Wettbewerbsfähigkeit weiterzuentwickeln. Und diese werde besonders von der Fähigkeit bestimmt, kreativ und innovativ zu sein. Diese Fähigkeit ist in den europäischen Kernregionen mit ihrer hochentwickelten Forschungsinfrastruktur und vielfältigen Führungsvorteilen stärker verbreitet als sonstwo in der Gemeinschaft.

Die beiden Hypothesen schließen sich nicht gegenseitig aus: die rückständigen Regionen müssen Faktorpreisvorteile und Skaleneffekte nutzen, um überhaupt aufholen zu können; Innovation ist auf Dauer für alle notwendig, vor allem für jene Gebiete, die die Spitze in der Einkommenshierarchie halten wollen. Wir wollen nicht darüber spekulieren, wer letztlich vorn liegen wird. Es bleibt lediglich festzuhalten, daß weder die eine noch die andere Hypothese

dem „alten“ Norden der EG, Schleswig-Holstein und Dänemark, besonders große Chancen zuspricht, an der Spitze zu liegen. Auch wenn sich hier vieles zum Besseren gewandelt hat, wirken übernommene Standortnachteile wie z. B. Defizite in der großräumigen Verkehrsanbindung, in der Forschungs- und Technologieinfrastruktur noch lange nach.

Lassen Sie uns einen kurzen Blick auf die Veränderung der regionalen Wachstumsdynamik in der Bundesrepublik, und damit insbesondere auf die Entwicklungschancen von Mecklenburg-Vorpommern, nach der Vereinigung werfen: Das Zonenrandgebiet, in der Alt-Bundesrepublik auf Strukturschwäche abonniert, ist nunmehr die Herzregion der Republik. Die Vorkriegsindustriezentren in Ostdeutschland – Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Südbrandenburg – werden als erste einen relativ schnellen Aufschwung erleben. Davon profitieren auch besonders die mit ihnen geographisch verbundenen Gebiete in Niedersachsen, Hessen und Nordbayern. Die wirtschaftlichen Perspektiven für die nördlichen Regionen in Ostdeutschland, und gerade für die ostdeutsche Ostseeregion, sind vergleichsweise düster: Während Brandenburg von der Wachstumsdynamik begünstigt wird, die von Berlin ausgeht, steht zu erwarten, daß Mecklenburg-Vorpommern – wie in der Vorkriegszeit – das Armenhaus der Republik bleiben wird. Es ist stark getroffen von der tiefen Krise in wichtigen Sektoren, im Schiffbau und in der Landwirtschaft. Ihm fehlen die lagebedingten Vorteile der Regionen um und südlich von Berlin. Daher wird Mecklenburg stark darauf setzen müssen, sein Potential zu nutzen, das sich für den Fremdenverkehr bietet – durch die Ostseeküste, die große Anzahl von Seen und den ländlichen Charakter der überwiegend noch intakten Landschaft. Darüber hinaus kommt es darauf an, die Funktion als Scharnier in den Transportwegen von Skandinavien, dem künftigen Norden der EG, nach Südost-Europa wirksam auszubauen. Allerdings ist kaum zu erwarten, daß dieses Potential ausreichen wird, um dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit zu verhindern.

## 2. Die nordischen EFTA-Staaten

Schweden, Norwegen und Finnland kommen zusammen auf ein Bruttosozialprodukt (BSP), das ungefähr dem von Spanien und Portugal entspricht, knapp 8 vH der EG 12, Schweden erwirtschaftet rund soviel wie Norwegen und Finnland zusammen. Die EFTA-Länder insgesamt sind der größte Außenhandelspartner der EG; zwischen beiden

Wirtschaftsblöcken besteht schon seit langem eine Zollunion. Die Integration auf den Gütermärkten ist schon weit gediehen.

Die EG hatte zunächst versucht, die EFTA-Staaten mit der Idee des Europäischen Wirtschaftsraums auf Distanz zu halten und die Beitrittsgelüste zu bremsen – ohne Erfolg, wie man weiß: Österreich, Schweden und Finnland haben schon den Eingangsstempel auf ihr Beitrittsgesuch bekommen.

In den skandinavischen Ländern ist es gegenwärtig nicht zum Besten bestellt; in den vergangenen Jahren ist das BSP im Schnitt zurückgegangen, und zwar stärker als in der OECD insgesamt. In Schweden und Finnland herrscht die schlimmste Rezession seit den 20er Jahren mit einem markanten Rückgang der Investitionstätigkeit und einer Bankenkrise. Dies liegt nicht allein und nicht einmal in erster Linie an konjunkturellen Faktoren, sondern zum einen an außenwirtschaftlichen Schocks wie in Finnland an dem Exporteinbruch durch den wirtschaftlichen und politischen Kollaps der Sowjetunion. Zum anderen machen sich aber nunmehr auch systematische Mängel der traditionell betriebenen Wirtschaftspolitik bemerkbar. Schlimm ist für die nordischen Länder besonders der drastische Anstieg der Arbeitslosigkeit: in Norwegen bleibt sie auf dem hohen Niveau von 5 vH, in Schweden steigt sie, wenn man richtig rechnet, auf fast 8 vH, und in Finnland springt sie von 3,5 vH im Jahr 1990 auf nahezu 10 vH zum Ende 1992.

Doch es mehren sich die Zeichen einer wirtschaftspolitischen Neubesinnung. Langsam kommt das, was häufig Angebotspolitik genannt wird, in Skandinavien an. Ein deutliches Beispiel liefert Schweden, das einen neuen Kurs steuert und darum bemüht ist, glaubhaft zu machen, daß das Ruder nicht im nächsten populistischen Sturm wieder herumgeworfen wird, sondern dauerhaft auf mehr Marktwirtschaft und Stärkung der Leistungsfähigkeit gelegt bleibt. Die zeigt sich in der Absicht, der Geldwertstabilität größeres Gewicht zu verleihen – die Koppelung der Krone an den wertstabileren ECU ist dafür ein klares Signal –, in Steuer-senkungen und Anreizen für Vermögensbildung, Privatisierung und mehr Effizienz im öffentlichen Sektor, wobei auch vor radikalen Plänen zur Ausgabenkürzung nicht zurückgeschreckt wird. Auch wenn die Mehrheitsverhältnisse im schwedischen Parlament einen nicht gerade überwältigend großen Konsens für diese Politik signalisieren, mag es doch sein, daß Schweden sich in der Rolle des Anführers eines marktwirtschaftlichen „nordic revival“ sieht.



Zweiter Vizepräsident Ernst Dieter ROSSMANN und Rolf EGGERT, Vizepräsident des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern

Für diese Politik ist der EG-Beitritt ein wichtiger Katalysator. Er ermöglicht – wie auch durchaus in anderen EG-Ländern – einen Ausweg aus dem Gefangenendilemma, in dem sich Politiker häufig gegenüber wichtigen Interessengruppen befinden. Für den Dienstleistungssektor könnte der EG-Beitritt einen wahren Jungbrunnen darstellen, denn gerade hier ist der Wettbewerb in den skandinavischen Ländern erheblich eingeschränkt, vor allem durch einen starken direkten und indirekten Staatseinfluß. Es wird erwartet, daß z. B. die Liberalisierung des Handels im Bereich der Finanzdienstleistungen Effizienzgewinne im Banken- und Versicherungssektor mit sich bringen, die der Größenordnung der für EG-'92 vom Cecchini-Bericht entsprechen. Der wahrscheinliche Beitritt der Skandinavier hat eine Reihe anderer bedeutsamer Implikationen für wichtige Bereiche der Wirtschaftspolitik:

– Im *Außenhandel* gibt es zwar keine Probleme bei der Anpassung an den gemeinsamen Außenzoll von ungefähr 4 %; er ist in Skandinavien geringfügig niedriger. Bitter könnte aber für die Skandinavier das handelspolitische Regime der EG mit seinen nichttarifären Hemmnissen, vor allem gegenüber Japan, werden. Der Marktanteil japanischer Produkte liegt in Schweden bei 20 vH, in der EG bei nur 10 vH; in Schweden sind Mitte 1991 alle quantitativen Restriktionen gegen Textilien und Bekleidung auf der Grundlage des Multifaserabkommens aufgehoben worden, sowohl gegenüber Entwicklungsländern als auch gegenüber Osteuropa. Schweden hätte also höhere Marktschranken als bisher,

es käme also zu Handelsumlenkungen. Allerdings: trotz der Zollunion zwischen EFTA und EG gibt es erhebliche Preisunterschiede, wie auch zwischen den Skandinavien untereinander. Dies spricht für oligopolistische und monopolistische Elemente im Distributionssystem, läßt also erhebliche Effizienzgewinne durch Handelschaffung erwarten.

- In der *Landwirtschaft* bieten die EFTA-Länder ein differenziertes Bild: im Jahr 1990 haben die Schweden die Subventionen für die Landwirtschaft erheblich reduziert, und sie sind dabei, die Importbarrieren auf Agrarprodukte zu reduzieren. Dies ist ein Reflex auf anhaltende Kritik der Bürger über die hohen Lebensmittelpreise. Schweden strebt insgesamt auf einen geringen Protektionsgrad, als ihn die EG aufweist. Norwegen und Finnland haben aber erheblich größere Probleme: sie sind zusammen mit Japan und der Schweiz Weltmeister in der Agrarprotektion (gemessen an den Produzenten-subventionsäquivalenten, die für Norwegen und Finnland bei gut 70 vH liegen und in der EG bei rd. 40 vH).
- Bei *indirekten Steuern* werden die größten Schwierigkeiten auftreten. Im Vergleich zur EG haben die nordischen Länder höhere Mehrwertsteuersätze wie auch bei spezifischen Verbrauchssteuern. Wo hier die Kompromißlinie liegen wird, ist schwer zu antizipieren, hier tut sich ja auch schon Dänemark in der EG 12 ziemlich schwer.

Der Gesamteffekt auf das Wachstum in den nordischen EFTA-Staaten dürfte insgesamt wohl positiv sein, auch wenn sie unter dem EG-Regime darauf eingeschworen würden, weniger offen und flexibel zu sein und die industrie- und technologiepolitische Fuchtel der EG zu akzeptieren. Ihrem Handel untereinander mag der zunehmende Wettbewerbsdruck guttun, ist das Ausmaß der gegenseitigen Integration doch niedriger als jenes der EG-Länder untereinander. Hätten sie sich entschieden, außerhalb der EG-Mauern zu bleiben, hätten sie unter Umständen Mühe, potentielle Investoren von ihrer dauerhaften Absicht zu überzeugen, in Zukunft bei Schwierigkeiten ihr Heil nicht mehr vor allem in lockerer Geld- und Währungspolitik und im Aufblähen des staatlichen Sektors zu sehen; das hätte sicherlich zur Folge, daß sie eine höhere Risikoprämie für Auslandskapital zu zahlen hätten.

Innerhalb der EG kann es zu nuancenreichen Verschiebungen in der politischen Debatte kommen: (i) Föderalisten werden gestärkt; (ii) Umweltlobby wird gestärkt; (iii) Umverteilungslobby wird gestärkt. Fassen wir zusammen:

Der EG-Beitritt der EFTA-Länder wird Wachstumsimpulse hier wie dort auslösen. Von ihm ist durchaus ein belebendes Element für den Wirtschaftsraum Ostsee zu erwarten. Aber Handel treiben die Skandinavier bislang ohnehin schon besonders intensiv mit Schleswig-Holstein und Dänemark; ob es hier einen garantierten Nachbarschaftsbonus gibt, ist durchaus zweifelhaft. Hierfür wird man sich schon kräftig ins Zeug legen müssen.

### 3. Der Überlebenskampf der post-sozialistischen Staaten

Man hatte schon erwartet, daß der Transformationsprozeß beschwerlich wäre, war doch der Kapitalstock der Unternehmen bis auf einen Erinnerungswert verschlissen, durch Umweltschäden sogar negativ geworden, war das Infrastrukturkapital verbraucht, inadäquat oder einfach gar nicht vorhanden, das Humankapital aus der Perspektive des internationalen Wettbewerbs obsolet ebenso wie zumeist die Produkte, waren Arbeitsmoral und Leistungsfähigkeit durch die kommunistische Zwangsherrschaft und die sozialistische Fehlorientierung der Anreize schwer beschädigt. Aber daß es so schwer werden würde, damit hat man im Westen – und wohl auch in diesen Ländern selbst – nicht von vornherein gerechnet.

Der Transformationsprozeß ist kein gradliniger, steiler Pfad, sondern ein langes, kurvenreiches Auf- und Abschlingern, immer wieder von Rückschlaggefahr bedroht. Man muß sich in den nächsten Jahren auch auf zunehmende nationalistische Strömungen in den Reformstaaten einrichten, die zumindest zeitweilig mit einer Anti-EG- und Anti-Deutschland-Einstellung einhergeht. Dies gilt in erster Linie für die Länder, in denen die ökonomische Krise weiter anhält oder sich sogar noch verschärft. Überall wird es zu einer tiefgreifenden Anpassungskrise kommen, bevor ein Aufschwung einsetzen kann. Dies ist absolut unvermeidbar, zu gewichtig sind die Verzerrungen durch das überkommene System, zu schwer sind die Altlasten, als daß das zögerlich entstehende Neue den Zusammenbruch auffangen könnte. Schwere und Dauer der Krise hängen in erster Linie davon ab, ob es den Ländern gelingt, schnell die für eine freie Gesellschaft und Marktwirtschaft notwendigen Institutionen zu entwickeln und eine leistungsorientierte Einstellung in der Bevölkerung zu verankern, und ob es gelingt, die Regierung vom Würgegriff spezieller Interessengruppen freizuhalten. Chancen für eine relativ schnelle Verbesserung nehmen gleichsam mit der Entfernung von Westeuropa ab. Wir

wollen im folgenden kurz auf Polen, die baltischen Republiken und auf die neuen Bundesländer eingehen.

#### a) Polen

Die radikalen Reformen der letzten zwei Regierungen gingen weit über das hinaus, was die Bevölkerung zu ertragen bereit war. Doch selbst diese Regierungen scheuten davor zurück, den Staatsunternehmen wirksam Fesseln anzulegen, indem sie sie einer scharfen Budgetrestriktion unterworfen und einen raschen Privatisierungsprozeß erzwungen hätten. Natürlich sind bedeutsame Erfolge erzielt worden: Die Regierung Balcerowicz hat zwar – und dies ist nicht wenig – die Hyperinflation gezähmt, dem Zloty realen Wert gegeben und eine Art Erhard-Effekt herbeigeführt: volle Schaufenster, auch wenn die Preise sehr hoch sind; der Outputrückgang bleibt 1992 wohl auf rd. 2 vH beschränkt nach einem Rückgang von insgesamt 20 vH 1990/91. Gleichwohl bleibt die Lage sehr fragil. Ein unmittelbarer Ausdruck dafür ist das erneute kräftige Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf fast 20 vH im Jahresdurchschnitt 1992. Seit 1991 nimmt das Budgetdefizit wieder zu und es wird immer schwieriger, das Geldangebot zu kontrollieren. Spürbare Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der lähmend langsamen Verbesserung des Lebensstandards veranlaßte die neue Regierung zu einer zumindest zeitweiligen Abkehr von einer zügigen Implementierung der vollen Spannweite struktureller und institutioneller Reformen, derer es für eine effiziente Marktwirtschaft bedarf. Es scheint, als schwinde der gesellschaftliche Konsens über die Notwendigkeit



May FLODIN, Landstingabgeordnete der Åland-Inseln, und Heinz-Werner ARENS, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion

einer umfassenden und raschen Reform. Verzögerung struktureller Reformen – vor allem aus vordergründig sozialen Rücksichtnahmen, deren Motive zwar durchaus verständlich sind – vergrößert jedoch wiederum den Subventionsbedarf für nicht oder kaum überlebensfähige Unternehmen, erschwert dadurch zusätzlich die Stabilisierungsaufgabe und vertagt eine durchgreifende wirtschaftliche Erneuerung.

## b) Baltische Republiken

Fragil ist auch die Situation in den baltischen Republiken, nicht so sehr wegen der Schwierigkeit der marktwirtschaftskonformen Ausgestaltung von Institutionen – hier können sie anknüpfen an vermutlich noch nicht verschüttete Erfahrungen aus der Zwischenkriegszeit, in der es Privateigentum gab, und auch an die Verfassungen aus den 20er und 30er Jahren, die mehr oder minder ausgeprägte Rechtsstaatlichkeit vorsahen wie auch eine klare Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive (dies macht allerdings gegenwärtig einige Probleme). Belastend für eine wirtschaftliche Erholung ist hier vor allem, daß die baltischen Republiken sehr viel stärker als andere Republiken der GUS mit der Sowjetunion verflochten waren. Die baltischen Staaten sind zu nahezu 90 vH von Rohstofflieferungen – insbesondere von Energie- – aus den anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion abhängig; ebenfalls rund neun Zehntel der Exporte gingen in diese Länder.

Alle drei Republiken haben schon einen drastischen Rückgang ihrer Wirtschaftstätigkeit um insgesamt gut 20 vH 1990/91 hinnehmen müssen. Die kurzfristigen Aussichten sind darüber hinaus alles andere als erfolgversprechend, sondern nachgerade erschreckend negativ, zum Teil wegen der Tatsache, daß die Preise für die lebensnotwendigen Importe von Rohstoffen weitaus stärker steigen als die Preise für die Produkte, die sie ins Ausland exportieren. Es wird damit gerechnet, daß der Rückgang des Sozialprodukts in diesem Jahr mindestens 15 vH betragen wird und sogar auf 20–30 vH verstärken kann, je nach der Veränderung der Terms of Trade, die bei diesen Ländern außerordentlich stark ins Gewicht fallen. Dies macht unmittelbar verständlich, in welcher prekärer Situation der Reformkurs in diesen Ländern ist, weiß man doch, daß sich in blanker Not die zeitliche Perspektive auf den nächsten Tag, die nächste Stunde verkürzt. Reformpolitik aber verträgt keine Kurzatmigkeit. Und es gibt keine Alternative zur Überwindung

der Not als konsequente marktwirtschaftliche Reformen. Dies heißt natürlich, daß Härten auftreten werden, und es ist wenig trostreich, denen, die davon betroffen sind, zu sagen, daß es ohne marktwirtschaftliche Reformen nur den – vielleicht kurzfristig verlangsamten – unaufhaltsamen, freien Fall gibt.

Für eine eigenständige Entwicklung auf lange Sicht können die Baltenrepubliken das vergleichsweise hohe Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte als Aktivposten verbuchen, die relativ breite Differenzierung der wirtschaftlichen Struktur und ein nicht ganz so zerfallener Produktionsapparat, vermutlich wegen der bedeutenden Rüstungsproduktion. Daß die baltischen Staaten so kleine Märkte sind, hat den positiven Nebeneffekt, daß für sie Offenheit der Märkte zum Prinzip werden muß, um auf lange Sicht bestehen zu können. Die frische Begeisterung darüber, wieder Herr im eigenen Haus zu sein, dürfte wohl kaum den Blick dafür verstellen, daß Öffnung allemal mehr Wohlstand verspricht als Abschottung. Wichtig ist, die schwelenden Nationalitätenkonflikte, vor allem in Estland und in Litauen, zu entschärfen.

## 4. EG und Osteuropa

Der wirtschaftliche Zusammenbruch in den baltischen Republiken wie auch in den meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion macht dramatisch deutlich, wie wichtig Überlebenshilfe aus dem Westen (und natürlich auch aus Fernost) aus humanitären Gründen ist. Aber auch aus reinem Selbstinteresse gilt es, Chaos zu verhindern: die Zahl der atomaren Spieler hat sich erhöht, die Atomkraftwerke sind extrem unsicher, um nur die zwei wichtigsten Aspekte zu nennen.

Abgesehen von der Notwendigkeit kurzfristig benötigter Überlebenshilfe, kommt die EG nicht umhin, ihre Handelsprotektion gerade mit Blick auf das Überleben und eine erfolgreiche marktwirtschaftliche Transformation in Osteuropa zu vermindern. In Polen und auch in den baltischen Republiken dürfte es kurz- und mittelfristig möglich sein, die Exporte von landwirtschaftlichen Produkten, Eisen und Stahl, Textilien und Bekleidung, Chemikalien zu erhöhen. Aber all dies sind sensible Produkte innerhalb des EG-Schutzraumes, der nur widerwillig und hinhaltend leicht geöffnet wird. Um die Gefahr der Destabilisierung zu vermindern, den wirtschaftlichen Aufschwung in Osteuropa zu beschleunigen, ist ein kontinuierlicher, irreversibler Abbau von Handelsbarrieren erforderlich.



*Erster Vizepräsident Eberhard DALL'ASTA und Salome THORKELSDOTTIR, Präsidentin des isländischen Althing*

## 5. Fazit

Wir können die Ausführungen in fünf Thesen zusammenfassen:

- In ganz Europa haben sich die Wachstumsmöglichkeiten erheblich verbessert.
- Es ist zu erwarten, daß die Kräfte des Wettbewerbs darauf hinwirken, daß dieses Potential auch genutzt wird.
- Risiken liegen in einer zunehmenden Zentralisierung, in der wirtschaftspolitischen Steuerung und in verstärkter Umverteilungsaktivität.
- In den ehemals sozialistischen Staaten wird der Transformationsprozeß langwierig und schwierig sein; eine durchgreifende Investitionsbeschleunigung, letztlich also das Einschwenken auf einen Wachstumspfad, setzt eine irreversible Entscheidung für die Marktwirtschaft voraus.
- Auch im Ostseeraum wird sich das Wachstum auf lange Sicht beschleunigen. Berechtigte Zweifel bestehen jedoch daran, daß es deutlich schneller sein wird als in den europäischen Kernregionen und im Mittelmeerraum. Die „Blaue Banane“ bleibt wohl noch auf lange Zeit ein Traum.